



Änderungsantrag

der Fraktion DIE LINKE

Zukunft finanzieren - Steuereinnahmen steigern

Drucksache 17/ 588

Der Landtag wolle beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag stellt fest, dass das Land für eine nachhaltige Sanierung des Landeshaushaltes nicht nur Sparmaßnahmen umsetzen muss sondern auch auf zusätzliche Einnahmen angewiesen ist. Mit dem von der Bundesregierung am 07. Juni 2010 vorgelegten Sparpaket wird eine Einnahmesteigerung für die Länder nicht erreicht. Außerdem sind die Belastungen sozial ungerecht.

A

Deshalb fordert der Landtag die Landesregierung auf, sich im Bundesrat für folgende Maßnahmen einzusetzen:

1. Rücknahme des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes mit Ausnahme der Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts zu Kinderfreibeträgen und Kindergeld.
2. Reduzierung der ermäßigten Mehrwertsteuer auf den ursprünglichen Zweck, die Verteilungswirkung bei Grundbedürfnissen zu mindern. Dazu gehören neben der Ernährung, dem Nahverkehr und der Kultur auch die Verpflegung von Kindern und Jugendlichen in Kitas und Schulen.
3. Vereinfachung der Einkommenssteuer einschließlich einer aufkommensneutralen Beseitigung der kalten Progression und des Mittelstandsbauchs und Erhöhung des Spitzensteuersatzes auf 53 %.
4. Einführung einer Vermögenssteuer.
5. Neuregelung und Modernisierung der Erbschaft- und Schenkungssteuer. Ziel muss es sein, große Erbschaften stärker als bisher zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben heranzuziehen. Größere Vermögen sollen künftig verstärkt zum Erbschaftssteueraufkommen beitragen, während kleine Vermögen durch

Freibeträge verschont werden.

6. Einführung einer internationalen Finanztransaktionssteuer – zur Not auch mit den europäischen Staaten, die Willens sind („Verstärkte Zusammenarbeit“).

7. Einführung einer Brennelementesteuer und einer Kerosinsteuer für innerdeutsche Flüge.

8. Erhebung eines einmaligen Lastenausgleichs bei den Gewinnern der Finanzkrise zur Überführung in einen Altschuldentilgungsfonds und in einen Bildungsfonds.

9. Überführung der Landesfinanzverwaltung in eine Bundessteuerverwaltung.

10. Ernsthafte Bemühungen um die Bekämpfung der Steuerflucht und das Austrocknen der Steuer- und Regulierungssoasen im europäischen und internationalen Ausland.

B

Der Landtag fordert die Landesregierung außerdem auf, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass Maßnahmen, die die soziale Ungerechtigkeit vergrößern nicht umgesetzt werden. Dazu gehören zum Beispiel die aktuell von der Bundesregierung geplanten Einschnitte für Hartz IV-Empfängerinnen und Hartz IV-Empfänger.

Ulrich Schippels
und Fraktion